

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen
am 19.09.2017**

um 17:05 Uhr bis 18:55 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Lothar Sill

Stellvertretender Vorsitz

Herr David Schichel

Ratsmitglieder

Herr Björn Gottschalk

Herr André Hüsgen

Herr Lothar Krebs

Frau Tanja Kreimendahl

Frau Brigitte Neff-Wetzel

Herr Alexander Schmidt

bis 18.35 Uhr, für Herrn Pohl

Sachkundige Bürger/innen

Frau Erika Acker

Herr Josef Peter Hilger

Frau Corinna Hindrichs

Frau Monika Meurer

Herr Yannick Plasberg

Herr Paul Uwe Schabla

Frau Dorothea Schlächter

Herr Arno Voss

für Frau Wilberg

Sachkundige Einwohner/innen

Herr José Ramón Álvarez Orzáez

Frau Ursula Durach

Beigeordneter

Herr Thomas Neuhaus

von der Verwaltung

Frau Gabriela Dr. Marek

Herr Domingo Estrany Dreßler

Jochen Gehrman

Frau Petra Hellmann-Wien

Schriftführer/in

Frau Silke Eller

Entschuldigt fehlen:

vom Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderung

Frau Annette Potthoff

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 27.06.2017 |
| 3 | | Berichte aus den Beiräten |
| 4 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 4.1 | 15/3588 | Entwicklungseinschätzungen und Einschulungsuntersuchung
Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.05.17 |
| 4.1.1 | | Entwicklungseinschätzungen und Einschulungsuntersuchungen - Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion |
| 4.2 | 15/3760 | Zahnärztliche Untersuchungen in Kitas - Anfrage der CDU-Fraktion |
| 4.2.1 | 15/3835 | Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.06.2017 / Zahnärztliche Untersuchungen in Kitas |
| 5 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | 15/3715 | Fachkräftebedarf und Fachkräftemangel in städtischen Kindertageseinrichtungen;
Beantwortung der Anfrage der SPD Ratsfraktion vom 08.05.2017
(Drs.15/3584) |
| 5.2 | 15/3846 | Beantwortung der Nachfragen von Frau Kreimendahl aus der Sitzung des ASGW vom 16.05.2017 zum Thema Gesundheitskarte für Flüchtlinge
(Vorlage 15/3551) |
| 5.3 | 15/3906 | Sozialmonitoring, 2. Quartal 2017 |
| 6 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | 15/3577 | Inklusion von Anfang an - Einführung einer interdisziplinären Frühförderung in Remscheid für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder von der Geburt bis zur Einschulung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 9 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |
| 9.1 | | Betreuung von Menschen mit Behinderungen im Schulsystem - Anfrage |

von Frau Durach

- 9.2** Vertagung von TOP 14 - Anfrage von Frau Kreimendahl
- 10** 15/3659 Personeller Mehrbedarf der Stadt Solingen im Rahmen der Bergischen Gesundheitskooperation im Bereich der "Erfassung und Prüfung von Berufen des Gesundheitswesens inkl. Prüfung der nichtärztlichen Heilberufe (Medizinalaufsicht)"
- 11** 15/3662 Personeller Mehrbedarf der Bergischen Gesundheitskooperation im Bereich der "öffentlichen Zahngesundheit" / Antrag der Stadt Wuppertal
- 12** 15/3666 Personeller Mehrbedarf der Bergischen Gesundheitskooperation im Bereich der "Arzneimittelüberwachung und Sozialpharmazie" / Antrag der Stadt Wuppertal
- 13** 15/3694 Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Remscheid für Übergangsheime und Wohnunterkünfte zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen
- 13.1** 15/3794 Ergänzende Erläuterungen zur Beschlussvorlage 15/3694 - Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Remscheid für Übergangsheime und Wohnunterkünfte zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen -
- 14** 15/3812 Fachdienst Gesundheitswesen - Anhebung der Soll-Kapazität einer Stelle von derzeit 33 auf 39 Wochenarbeitsstunden ab dem 01.10.2017 hier: Stellenplan Nr. 30001368 - Ernährungsberatung -

II. Nichtöffentlich

- 1** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 2** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 3** Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 4** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 5** Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 6** Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Es liegen zwei Tischvorlagen vor. Der Vorsitzende schlägt vor, die Drucksache 15/3906 - Sozialmonitoring, 2. Quartal 2017 – al TOP 5.3 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die ebenfalls als Tischvorlage vorliegende Drucksache 15/3812 - Fachdienst Gesundheitswesen - Anhebung der Soll-Kapazität einer Stelle von derzeit 33 auf 39 Wochenarbeitsstunden ab dem 01.10.2017, hier: Stellenplan Nr. 30001368 – Ernährungsberatung – ist in der Beratungsfolge für den ASGW am 14.11.2017 ausgewiesen und wurde irrtümlich mit dem vorliegenden Nachtrag verschickt. Die Drucksache soll erst in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung genommen werden.

Herr Sill lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tischvorlage 15/3906 - Sozialmonitoring, 2. Quartal 2017 – wird als TOP 5.3 in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Drucksache 15/3812 - Fachdienst Gesundheitswesen - Anhebung der Soll-Kapazität einer Stelle von derzeit 33 auf 39 Wochenarbeitsstunden ab dem 01.10.2017 hier: Stellenplan Nr. 30001368 - Ernährungsberatung – wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 27.06.2017

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen beantragt.

3. Berichte aus den Beiräten

Frau Acker berichtet aus dem Seniorenbeirat. In der Sitzung am 07.09. hat sich der Geschäftsführer des Sana-Klinikums, Herr Dr. Praßel, im Beirat vorgestellt. Außerdem wurden u. a. die Themen Konzept Seniorenbüro, öffentliche Toilettenanlagen und Gestaltung des Vorplatzes am Teo Otto Theater (Blumenkübel, Sitzgelegenheiten) behandelt.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Information.

4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

4.1. Entwicklungseinschätzungen und Einschulungsuntersuchung Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.05.17 Vorlage: 15/3588

Die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.1.1 werden zusammen behandelt.

Herr Krebs fragt nach, ob der Auszug aus der Niederschrift des Ausschusses für Schule, der mit der Einladung verschickt worden ist, die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage seiner Fraktion ist. Das wird von Beig. Neuhaus bejaht.

Herr Krebs ist der Ansicht, dass eine Vernetzung der Beteiligten fehlt. Beig. Neuhaus erklärt, dass es durchaus Netzwerke gibt. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 28.06.2017 hat Frau Janssen-Kriessel vom Fachdienst Gesundheit zum Thema berichtet. Er schlägt vor, den Auszug aus der Niederschrift des JHA mit der Niederschrift zu verschicken (**Anlage**) und Frau Janssen-Kriessel in eine der nächsten Sitzungen einzuladen mit der Bitte, über die Netzwerkarbeit zu berichten.

4.1.1. Entwicklungseinschätzungen und Einschulungsuntersuchungen - Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Zahnärztliche Untersuchungen in Kitas - Anfrage der CDU-Fraktion Vorlage: 15/3760

Die Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.2.1 werden zusammen behandelt.

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

4.2.1. Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.06.2017 / Zahnärztliche Untersuchungen in Kitas Vorlage: 15/3835

Herr Oliver Schneider vom zahnärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes der Stadt Wuppertal berichtet ergänzend zur vorliegenden Mitteilungsvorlage.

Im Jahr 2016 wurden in Remscheid 1.542 Kinder in 33 Kindertageseinrichtungen zahnärztlich untersucht. Besonders wichtig ist bei diesen Terminen ein angstfreier und einfühlsamer Untersuchungsablauf, damit die Kinder keine Angst vor dem Zahnarzt entwickeln. Die Untersuchungsergebnisse werden den Eltern, ggf. mit den Empfehlungen für eine Weiterbehandlung, ausgehändigt. Da es keine Verpflichtung der Eltern gibt, dieser Empfehlung nachzukommen, kann erst bei einer Folgeuntersuchung festgestellt werden, ob es weitere Behandlungen gegeben hat. Es wird angestrebt, bis zum Jahr 2020 in Deutschland 80 % der Sechsjährigen kariesfrei zu haben.

Auffällig ist, dass sich die soziale Lage der Familie in der Zahngesundheit widerspiegelt. In Familien mit einem hohen Sozialstatus wird das Thema Mundgesundheit als gelöstes Problem wahrgenommen. In schwierigen sozialen Lagen, problematischen Stadtteilen und Familien mit Migrationshintergrund ist der Anteil an kariösen Milchgebissen höher.

Frau Kreimendahl ist der Ansicht, dass verstärkt kontrolliert werden muss, ob die empfohlenen Folgebehandlungen auch durchgeführt werden. Sie schlägt vor, analog zu den U-Untersuchungen beim Kinderarzt Fristen zu setzen und ggf. auch zu mahnen und Bußgelder zu erheben, wenn die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

Herr Schneider erklärt, dass eine Verpflichtung der Eltern derzeit aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich ist. Außerdem müsste das Gesundheitsamt personell und technisch besser aufgestellt sein, um die Fälle zu erfassen und abzuarbeiten.

Beig. Neuhaus stellt in diesem Zusammenhang Frau Hüscher vom Gesundheitsamt der Stadt Remscheid vor. Sie leitet den Arbeitskreis Zahngesundheit. Frau Hüscher berichtet, dass die Remscheider Grundschulen einmal im Jahr besucht werden sollten. Das ist aber aufgrund der Personalsituation nicht immer möglich. Sie weist auch darauf hin, dass mangelnde Mundhygiene nicht nur zu gesundheitlichen Problemen führt, sondern auch Sprachprobleme und soziale Ausgrenzung nach sich ziehen kann.

Herr Krebs erklärt, dass Gesundheit wichtiger ist als Datenschutz und regt an, dass die Krankenkassen mehr in die Prophylaxe investieren sollen, um teurere Folgeschäden zu vermeiden. Außerdem sieht er besonderen Handlungsbedarf bei Flüchtlingskindern, die noch nie in ihrem Leben einen Zahnarzt aufgesucht haben.

Herr Schichel ist der Ansicht, dass die personellen und finanziellen Probleme in den Fraktionen diskutiert werden sollen.

Aufgrund der Nachfragen aus dem Gremium schlägt Beig. Neuhaus vor, die Sitzung des Ausschusses im November mit dem Schwerpunkt Zahngesundheit durchzuführen. Sowohl Herr Schneider als auch Frau Hüscher sollen erneut an der Sitzung teilnehmen. Außerdem kündigt er eine Stellenvorlage für diesen Bereich für die kommende Sitzung an.

Die Anwesenden sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

5.1. Fachkräftebedarf und Fachkräftemangel in städtischen Kindertageseinrichtungen; Beantwortung der Anfrage der SPD Ratsfraktion vom 08.05.2017 (Drs.15/3584) Vorlage: 15/3715

Herr Krebs ist der Ansicht, dass die Anfrage seiner Fraktion nicht ausreichend beantwortet worden ist. Es fehlen u. a. die Daten zu den Alten- und Pflegeheimen sowie den nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen.

Beig. Neuhaus erklärt, dass diese Daten bei der Verwaltung nicht vorliegen.

Frau Hellmann-Wien ergänzt, dass eine umfangreiche Abfrage bei den nichtstädtischen Trägern von Einrichtungen der Altenpflege und der Kindertagesbetreuung aus personellen Gründen nicht möglich ist. Es besteht lediglich die Möglichkeit, eine der nächsten Standardumfragen um diese Fragestellung zu ergänzen. Darüber hinaus gibt es bei der Verwaltung keine Kapazitäten.

Beig. Neuhaus schlägt vor, die Frage zum Pflegebereich an die Bundesagentur für Arbeit (BA) weiterzuleiten, da die Vermittlung von Arbeitskräften in den Pflegebereich in deren Zuständigkeit fällt. Zur nächsten Sitzung soll Herr Klebe, Geschäftsführer der BA, eingeladen werden mit der Bitte, die Situation darzustellen.

Von der Mitteilung der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

**5.2. Beantwortung der Nachfragen von Frau Kreimendahl aus der Sitzung des ASGW vom 16.05.2017 zum Thema Gesundheitskarte für Flüchtlinge (Vorlage 15/3551)
Vorlage: 15/3846**

Frau Kreimendahl bedankt sich für die Antwort. Sie fragt in diesem Zusammenhang nach, wie sich der Übergang von der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) zur regulären Krankenversicherung beim Übergang der Anspruchsberechtigten in den Regelkreis des SGB II gestaltet.

Herr Gehrman erklärt, dass die Mehrheit der Personen, die in den Regelkreis des SGB II wechseln, weiterhin bei der Barmer versichert bleiben. Der Übergang erfolgt nahtlos, Übergangszeiten können ggf. mit Behandlungsscheinen der Krankenkasse überbrückt werden. Auf Nachfrage teilt Herr Gehrman mit, dass sich das Leistungsspektrum der eGK aus den Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes ergibt. Diese Leistungen stehen allen Berechtigten zu, auch wenn sie über keine Versicherungskarte verfügen.

Auf Nachfrage von Frau Kreimendahl nach evtl. Abrechnungsproblemen mit der Barmer berichtet Herr Gehrman, dass ihm keine Probleme bekannt sind. Aktuell liegt die Abrechnung bis zum 3. Quartal 2016 vor und wird geprüft.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**5.3. Sozialmonitoring, 2. Quartal 2017
Vorlage: 15/3906**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Berichte vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Vorschläge vor.

8. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**8.1. Inklusion von Anfang an - Einführung einer interdisziplinären Frühförderung in Remscheid für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder von der Geburt bis zur Einschulung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 15/3577**

Beig. Neuhaus informiert darüber, dass es erste Gespräche unter Beteiligung des Fachdienstes Jugend, Soziales und Wohnen, Mitarbeitern der Lebenshilfe und ihm gegeben hat. Es soll eine Evaluation der bereits durchgeführten Maßnahmen erfolgen. Die Frage der Bedarfsdeckung muss noch geklärt und Kapazitäten ggf. angepasst werden. Konsens ist, dass das für Remscheid beste Model gesucht wird. Beig. Neuhaus sagt zu, den Ausschuss zu gegebener Zeit über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Die Beschlussfassung wird vertagt.

9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

9.1. Betreuung von Menschen mit Behinderungen im Schulsystem - Anfrage von Frau Durach

Frau Durach fragt nach, wie eine individuelle Betreuung von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen im Schulsystem erfolgt.

Beig. Neuhaus erklärt, dass die Betreuung von der Behinderung abhängt. Abhängig von der Schwere der Behinderung kann diese z. B. in Form von gemeinsamem Lernen in einer Regelschule, einer Förderschule oder einer speziellen Einrichtung erfolgen. Bei seltenen Behinderungen findet der Unterricht meistens in überörtlichen Einrichtungen, z. B. vom Land schaftsverband, statt.

9.2. Vertagung von TOP 14 - Anfrage von Frau Kreimendahl

Frau Kreimendahl fragt nochmals nach, warum der TOP 14 vertagt worden ist. Dieser hätte ihrer Meinung nach in der heutigen Sitzung behandelt werden können.

Herr Sill verweist auf die auf der Drucksache ausgewiesene Beratungsfolge und teilt mit, dass die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf hat.

- 10. Personeller Mehrbedarf der Stadt Solingen im Rahmen der Bergischen Gesundheitskooperation im Bereich der "Erfassung und Prüfung von Berufen des Gesundheitswesens inkl. Prüfung der nichtärztlichen Heilberufe (Medizinalaufsicht)"**
Vorlage: 15/3659

Da der Rat in seiner Sitzung am 06.07.2017 bereits einen Beschluss gefasst hat, wird die Vorlage nur zur Kenntnis genommen.

- 11. Personeller Mehrbedarf der Bergischen Gesundheitskooperation im Bereich der "öffentlichen Zahngesundheit" / Antrag der Stadt Wuppertal**
Vorlage: 15/3662

Da der Rat in seiner Sitzung am 06.07.2017 bereits einen Beschluss gefasst hat, wird die Vorlage nur zur Kenntnis genommen.

- 12. Personeller Mehrbedarf der Bergischen Gesundheitskooperation im Bereich der "Arzneimittelüberwachung und Sozialpharmazie" / Antrag der Stadt Wuppertal**
Vorlage: 15/3666

Da der Rat in seiner Sitzung am 06.07.2017 bereits einen Beschluss gefasst hat, wird die Vorlage nur zur Kenntnis genommen.

- 13. Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Remscheid für Übergangsheime und Wohnunterkünfte zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen**
Vorlage: 15/3694

Da der Rat in seiner Sitzung am 06.07.2017 bereits einen Beschluss gefasst hat, wird die Vorlage nur zur Kenntnis genommen.

- 13.1. Ergänzende Erläuterungen zur Beschlussvorlage 15/3694 - Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Remscheid für Übergangsheime und Wohnunterkünfte zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen -**
Vorlage: 15/3794

Da der Rat in seiner Sitzung am 06.07.2017 bereits einen Beschluss gefasst hat, wird die Vorlage nur zur Kenntnis genommen.

- 14. Fachdienst Gesundheitswesen - Anhebung der Soll-Kapazität einer Stelle von derzeit 33 auf 39 Wochenarbeitsstunden ab dem 01.10.2017 hier: Stellenplan Nr. 30001368 - Ernährungsberatung -**
Vorlage: 15/3812

Die Beschlussfassung wurde vertagt (s. TOP 1)

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen schließt der Vorsitzende die Sitzung.

gez. _____
Lothar Sill
Vorsitzender

gez. _____
Silke Eller
Schriftführer/in